



Haus der Demokratie und
Menschenrechte
(Aufgang A, 1. OG)

Greifswalder Straße 4
10405 Berlin

Koordinierungsbüro
Fon: 030 • 42 85 15 87
buero@ber-ev.de

Fax: 030 • 49 85 53 81
www.ber-ev.de

Nachlese zum Fachgespräch Elektromobilität am 24.11.2011

Der Berliner Entwicklungspolitische Ratschlag (BER), der Landesverband der entwicklungspolitischen Organisationen in Berlin, führte am 24. November ein Fachgespräch zu Elektromobilität durch, bei dem die globalen Dimensionen des Ausbaus der Elektromobilität in Berlin und Deutschland aus ökologischer und sozialer Sicht diskutiert wurden.

Die soziale und ökologische Notwendigkeit einer Konversion der Automobilbranche, wie sie Stephan Krull von der Rosa-Luxemburg-Stiftung Niedersachsen vortrug, spielt im gegenwärtigen Diskurs zu Elektromobilität kaum eine Rolle. Ebenso ausgeblendet werden die Problemlagen des Rohstoffbedarfs für grüne Technologien, die von Peter Fuchs von der NGO PowerShift vorgestellt wurden und die ebenfalls soziale und ökologische sowie menschenrechtliche Dimensionen beinhalten.

Die IG Metall, die in der Nationalen Plattform Elektromobilität vertreten ist, legt ihren Schwerpunkt auf Wertschöpfung in Deutschland und die Sicherung der Beschäftigten in der Automobilbranche in Deutschland. Die Agentur für Elektromobilität (eMo) in Berlin sieht nach Gernot Lobenberg ihre Aufgabe darin, Rahmenbedingungen zu schaffen, unter denen die beteiligten Akteure den geplanten Ausbau der Elektromobilität vorantreiben können. Dass die Kooperation der Akteure nicht ohne Probleme stattfindet, stellte Oliver Schwedes von der TU Berlin dar. Für einen flächendeckenden Ausbau der Elektromobilität müssen die Aktivitäten von Bund, Ländern und Kommunen, von der Auto- und Energiebranche sowie im Bereich Forschung und Ausbildung trotz teilweise divergierender Interessen in dieselbe Richtung gehen.

Es ist zu erwarten, dass der politisch angestrebte Strukturwandel im Bereich der Automobilindustrie den Ausbau der Elektromobilität befördern wird und damit auch neue Mobilitätskonzepte entwickelt werden. Ein langfristiger Umstieg auf alternative und vor allem ressourcenschonende Formen der Mobilität ist unbedingt notwendig und eine frühzeitige Entwicklung unerlässlich. In der Elektromobilität mögen zwar große Potenziale für solche Erneuerungen liegen, es ist aber angesichts der aktuellen Entwicklung unwahrscheinlich, dass das mit der Elektromobilität verbundene ökologische Versprechen eingelöst wird. Zudem wird eine Technologie- und Wirtschaftsförderung, die innerhalb der nationalstaatlichen Logik agiert – vor allem die Standortpolitik zur Beschäftigungssicherung mit einem starken Fokus auf die Exportwirtschaft – nicht in der Lage sein, Antworten auf die globalen Klima- und Sozialfragen zu entwickeln.

Um die Technologieförderung und -produktion in den Dienst der Entwicklung einer nachhaltigen Gesellschaft zu stellen, müssten die Zielvorgaben nicht nur eine Reduktion des ökologischen Fußabdrucks, sondern auch eine Abkehr von einer wachstumsorientierten Wirtschaftspolitik auch im Bereich der Automobilbranche sein. Um hierfür geeignete Strategien und Förderinstrumente zu entwickeln, braucht es eine wesentlich breitere Beteiligung zivilgesellschaftlicher Akteure.